

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Taucha, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich May & Co. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erstausgabe Jeden Sonntag abends für den folgenden Tag.
Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich Mk. 1.20, betriebl. Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf. — Alle Postanfragen, sowie unsere Zeitungsanträge und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskasse Bischofswerda** Konto Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pf., breite Anzeigen 20 Pf., die 30 mm breite Reklamazeile (im Textfeld) 70 Pf. Zahlung in Postmark zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Bei Sammelanzeigen tarifm. Zuschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 68

Sonntag, den 21. März 1926.

81. Jahrgang

Tageschau.

Die Regierungsparteien haben beschlossen, am Schluss der außenpolitischen Aussprache des Reichstages einen Billigungsantrag zu stellen.

Die Arbeitsministerkonferenz in London wurde am Freitag beendet. Das erzielte Übereinkommen wurde von Deutschland, Großbritannien, Belgien, Frankreich und Italien unterzeichnet.

Im Rechtsausschuss des Reichstages brachte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag auf entschuldigungslose Entlassung der Fürsten ein; die Böttichen fordern dagegen Entlassung des Vermögens der Bank- und Börsenfürsten und anderer Volksparasiten.

Die deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen haben am Freitag in Berlin begonnen.

Infolge der Annahme des Mächte-Ultimatums kam es in Peking zu großen Protestkundgebungen und Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es etwa 50 Tote und zahlreiche Verletzte gab.

Zu den mit * bezeichneten Redungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung.

Berlin, 19. März. Präsident Ebert eröffnete die Sitzung des Reichstags um 1.20 Uhr. — Der Etat für den allgemeinen Pensionsfonds wird erledigt, der Gesetzentwurf über die Geltungsdauer der Vorschriften für die Reichsversicherungsordnung wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

leitete die Verhandlungen ein. Er legt die Hauptzüge der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik dar, wobei er zunächst die Außenhandelspolitik bespricht. Der Handelsumsatz Deutschlands im Jahre 1925, führte der Minister hierbei u. a. aus, beläuft sich in Ein- und Ausfuhr auf 21,2 Milliarden, das sind 30 Prozent mehr gegenüber 1924. Unsere Handelsbilanz ist immer noch passiv geblieben. Wenn in den Monaten Januar und Februar die Monatsbilanz aktiv war, so beruhte dieser Wechsel in erster Linie auf einem starken Rückgang der Einfuhr und erst in zweiter Linie auf einer geringen Steigerung der Ausfuhr. Der Umschwung lag aber vor allem an

Schwinden unserer Kaufkraft

und der akuten Krise der deutschen Wirtschaft, woraus sich ergibt, daß Aktivität der Handelsbilanz nicht notwendig die Außenhandelspolitik bedeutet. Unsere ungedeckte Lebensmittelfuhr zeigt eine ungeheure Belastung. Realpolitisch ist in der Gegenwart und in der nächsten Zukunft nicht damit zu rechnen, daß wir uns aus der eigenen Scholle ernähren können. Der Existenzkampf zwingt uns — auch ohne jede Rücksicht auf den Dawesplan — die Ausfuhr zu steigern. Ein wesentliches Mittel, die uns fast überall in der Welt bereiteten Schwierigkeiten zu überwinden, liegt in der erhöhten

Aktivität unserer Handelsvertragspolitik

Vor allem kommt es darauf an, auf einen besseren arbeitsteiligen Handelsausgleich in Europa hinzuwirken. Zeitender Gedanke bei unseren Handelsvertragsverhandlungen war der Grundsatz der **Reizbegünstigung**, die für mich kein Dogma, sondern Mittel der Handelspolitik ist, das nicht auf alle Zeit zu gelten braucht. Für die Gegenwart bleibt uns aber keine andere Wahl. Ein Abweichen von der Linie der Reizbegünstigung würde ein gefährliches Experiment bedeuten. Die tatkräftige Verfolgung der Handelsvertragspolitik ist auch durch den Währungsverfall in anderen Staaten erheblich verzögert und gehindert und unser gesamter Innen- und Außenhandel durch das Inflationsdumping gefährdet worden. Hiergegen durchgreifende Abhilfe zu schaffen, liegt außerhalb der Einwirkung der Handelspolitik des einzelnen Landes. Die Lösung dieses Problems dürfte eine der dankbarsten Aufgaben für die kommende Weltwirtschaftskonferenz sein. Die Regierung hält das Zustandekommen einer

Internationalen Eisenwirtschaftsverhandlung

für erwünscht, wird aber alle ihre zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um den inneren Markt vor einer wirtschaftlich nicht tragbaren Ausnutzung durch die eisenverarbeitende Industrie zu schützen. Insbesondere wacht die Regierung darüber,

daß die Handelsvertragsverhandlungen nicht durch diese internationalen Eisenwirtschaftsverhandlungen gefährdet werden.

Die Entwicklung unserer Handelsbeziehungen zu England

verfolgt die Regierung mit großer Sorge. Nach den getroffenen Vereinbarungen brauchen wir auf keinen Fall zu befürchten, daß die Engländer Zölle einführen, die unserem Handel abträglich sind. Gegebenensfalls werden wir von dem Schiedsgerichtsverfahren Gebrauch machen. Es ist zu hoffen, daß der Generatrat für die Reparationen seinen ganzen moralischen und politischen Einfluß aufwenden wird, damit die Gläubigerländer die deutsche Ausfuhr bereitwilliger als bisher aufnehmen, sonst wird eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Erfüllung des Dawesplanes wegfallen. Eine unmittelbare Gefährdung der deutschen Sozialpolitik durch die Durchführung des Dawesplanes ist bisher nicht festzustellen.

Der Minister ging hierauf zu den Fragen der Binnenwirtschaft über und erörterte zunächst die vorübergehenden Hilfsmaßnahmen der Reichsregierung, u. a. auch die **Umsatzgarantie** bei Exporten nach Rußland und die **Einrichtung der Exportkreditversicherung**. Der **Baumarkt** soll durch einen Zinskontredit von 200 Millionen Mark belebt werden. Sehr schwierig ist die

Lage des Ruhrkohlenbergbaus.

Sollte etwa eine Regierungserklärung des englischen Kohlenbergbaus über den 1. Mai hinaus fortgesetzt werden, so kann ich zugleich im Namen des Finanzministers erklären, daß Mittel zur Unterstützung auch des deutschen Steinkohlenbergbaus freigegeben werden. Wir können nicht mit ansehen, daß die deutsche Kohle durch Maßnahmen anderer Staaten auf dem Weltmarkt Einbuße erleidet. Der **Kreditmangel** wird erst allmählich behoben werden. Die von der Herabsetzung des Reichsbankdiskonts erwartete Belebung des Kapitalmarktes ist nicht ausgeblieben. Bei der neuen Geldflüssigkeit liegt die Erwägung einer weiteren Herabsetzung des Reichsbankdiskonts nahe. Zusammen mit der Reichsbank wird das Wirtschaftsministerium seine Bemühungen um die Hebung des Realkredits fortsetzen. Im Zusammenhang damit steht die **Verbilligung der Kredite**. Die Banken haben ihre Zinssätze bereits herabgesetzt und haben bei den Verhandlungen in Aussicht genommen, daß auch die **Provisionsminderungen** von 1/2 Prozent pro Monat auf 1/3 Prozent herabgesetzt werden sollen, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse dies irgendwie erlauben.

Zur Preislenkungsaktion

betone ich, daß wir keine mechanische Preisregelung betreiben. Behördliche Preisfestsetzungen werden sich nicht wiederholen. Wir müssen jedoch überlebte und volkswirtschaftlich schädliche Bindungen und Gewohnheiten lockern und aus dem Wege räumen.

Der Minister ging dann kurz auf das **Steuererlenkungsprogramm** ein und betonte die Wichtigkeit der Statistik und der Enquete für die Wirtschaft. Die Statistik muß unbeeinträchtigt von aller Politik ihren Weg strengster Objektivität und Neutralität weitergehen. Die Gründung des Instituts für Konjunkturforschung ist zu begrüßen. Zweifellos macht unsere Wirtschaft einen Umstellungsprozeß größten Ausmaßes durch, dessen Kennzeichen die Rationalisierung ist. Die beste Hilfe kann der Staat dadurch geben, daß er durch eine Verwaltungsreform seine eigene Rationalisierung vorwärts treibt. Der Gesetzentwurf über den

endgültigen Reichswirtschaftsrat

wird hoffentlich in der Sommertagung verabschiedet. Beim Reichsgericht soll ein Verwaltungssenat errichtet werden. Die Erweiterung der Kartellverordnung wird zur Zeit in meinem Ministerium geprüft. Andererseits haben die Kartelle als Grundlage künftiger internationaler Vereinbarungen eine große Zukunft, und es wäre voreilig, durch eine rigorose Gesetzgebung in Deutschland unsere Beteiligung an internationalen Bindungen verhindern zu wollen. Es ist schwierig und erfordert Sachkenntnis und Feingefühl, hier den richtigen Weg zu finden. Ich habe Vorzüge getroffen, daß an der Verwaltung in meinem Ministerium die Wirtschaft einen erheblichen Anteil hat. (Beifall.)

Abg. Simon-Franke (Soz.) hält dem Reichswirtschaftsministerium vor, es habe die ihm gestellte Aufgabe nicht erfüllt. Er sucht die Schuldlosigkeit der Handelspolitik zahllosmäßig nachzuweisen. Die Produktion wurde durch die hochbezahlten Arbeiter in 100.000 Kleinbetrieben bis die Verlegung 1925 um 1,3 Prozent, die Zahl der lebenden Personen dagegen um 62 Prozent. Der Redner erkennt zum Schluss an, daß die Zeichen des Wirtschaftskrisens deutlicher zu erkennen sind.

Abg. v. Stauffenberg (Nat. Vp.) protestiert im Namen seiner Fraktion gegen den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Vereinigung des Reichsernährungsministeriums mit dem Reichswirtschaftsministerium. Die jetzige Zeit der Wirtschaftskrisis sei am wenigsten zu solchen Experimenten geeignet. Erfreulich sei in der Ministerrade die Entfaltung von Gegenmaßnahmen gegen das englische Kohlendumping. Dagegen hätten die Ausführungen des Ministers zur gegenwärtigen Wirtschaftslage enttäuscht. Die Regierung beschränke sich darauf, resigniert zuzusehen und erblicke die Rettung immer nur in der Steigerung des Exportes. Es komme aber tatsächlich in erster Linie auf den inneren Markt an, auf die Steigerung der Kaufkraft des ganzen Volkes. Die Wirtschaftspolitik dürfe nicht einseitig immer nur auf den Export setzen, sondern müsse an einer gewissen wirtschaftlichen Autonomie Deutschlands arbeiten. Der Redner verlangt einer energischen Abklopfung der Einfuhr überflüssiger Waren aus dem Ausland. Die deutsche Wirtschaftspolitik stehe jetzt vor der entscheidenden Frage, ob es richtig ist, die deutsche Landwirtschaft zugrunde zu richten, um ein paar Elektromotoren mehr exportieren zu können.

Abg. Meyer (Dem.) sieht die Ursache der Wirtschaftskrisis in der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung. Die frühere Regierung habe mit Recht die Notwendigkeit des Preisabbaus betont. Der Mißerfolg der Preisabbaupolitik dürfe aber nicht dazu führen, daß nun der umgekehrte Versuch mit einer Steigerung der Preise gemacht werde. Der Redner verlangt Beseitigung der Preisstrebereivereinbarung, dagegen scharfes Vorgehen gegen die Preisbildung der Kartelle. Die Preisabbaupolitik müsse die Wurzel des Übels treffen: die Kartelle und die monopolistischen Bestrebungen der Landwirtschafsgenossenschaften.

Abg. Dr. Deffauer (Str.) begrüßt die kommende Weltwirtschaftskonferenz und die Arbeitszeitkonferenz. Verständigung tue not.

Abg. Roemen (Komm.) wirft der Sozialdemokratie Heuchelei vor. Im Plenum bekämpfe sie den Minister, während sie im Ausschuss mit ihm völlig einig sei.

Abg. Henning (Wstl.) erklärt, die furchtbare Not der Landwirtschaft könne nur gemildert werden, wenn der Landwirt wieder Kredite zu mäßigen Zinsen erhalte. Es sei zu hoffen, daß dem englischen Dumping mit Gegenmaßnahmen begegnet werde.

Abg. v. Raumer (D. Vp.) spricht sich für die Zusammenlegung des Reichsernährungsministeriums mit dem Reichswirtschaftsministerium aus. Die Trennung beider Verwaltungen stärke die Agitation derjenigen Kreise, die den Landwirten die Verfolgung egoistischer Sonderinteressen vorwerfen. Gerade wegen der großen Bedeutung der Landwirtschaft für die Gesamtwirtschaft sei eine einheitliche Verwaltung aller Wirtschaftszweige einschließlich der Landwirtschaft notwendig. In der gegenwärtigen Zeit der Krisis könne natürlich die Zusammenlegung noch nicht stattfinden.

Die Beratung wird darauf abgebrochen. Ohne Debatte wird der Haushalt des Reichstages in zweiter Beratung gebilligt. Um 1/2 Uhr wird die Weiterberatung des Wirtschaftsetats auf Sonnabend 12 Uhr mittags vertagt.

Das Abfindungskompromiß im Rechtsausschuss.

Berlin, 19. März. Der Rechtsausschuss trat heute in die Generaldebatte über den neuen Kompromißantrag der Regierungsparteien zur Frage der Fürstenabfindung ein. In erster Stelle legte Abg. Dr. Coesling (Nat. Vp.) die ablehnende Haltung seiner Fraktion dar. Für die Sozialdemokraten sprach der Abg. Rosenfeld, der das Kompromiß als unzulänglich bezeichnete, und für die Kommunisten der Abg. Neubauer, der für entschuldigungslose Entlassung eintrat. Die sozialdemokratische Fraktion beachte den Antrag auf entschuldigungslose Entlassung der Fürsten, der dem Volksgesetzten zugrundegelegt, auch offiziell im Rechtsausschuss ein.

Bühnlicher Entlassungsantrag.

Gegen Bank- und Börsenfürsten.
Berlin, 19. März. Im Rechtsausschuss des Reichstages haben die Böttichen zum Kompromiß über die Fürstenabfindung einen **Gesetzentwurf** zur Entlassung des Vermögens der Bank- und Börsenfürsten und anderer Volksparasiten eingebracht.

Zwei kommunistische Abgeordnete verhaftet.

Stuttgart, 19. März. (Draht.) Bei der von der kommunistischen Partei veranstalteten Wähleraktion die kommunistischen Landtagsabgeordneten Gieseler und Bismarck verhaftet, die, wie bekannt, erklärt wird, den Landtags-